

Angriffsziel Atomkraftwerke

Autor(en): **Perdelwitz, Wolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SES Notizen**

Band (Jahr): **3 (1981)**

Heft 2

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-585965>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ANGRIFFSZIEL ATOMKRAFTWERK

Mit zwanzig Wasserstoffbomben, so drohte einst Nikita Chruschtschow, könne die Sowjetunion ein Land wie die Bundesrepublik vernichten. Der Kreml-Chef irrte. Wenn der Wind ungünstig steht, genügt schon ein einziger thermonuklearer Sprengsatz, um den hochentwickelten Industriestaat Bundesrepublik Deutschland ins vorige Jahrhundert zurückzuschicken - mit Millionen Toten und Abermillionen unheilbar Strahlenkranke, denen der Tod als gnädige Erlösung erscheint.

Während Nato und Warschauer Pakt ihre Atomwaffenarsenale modernisieren und die atomare Nachrüstung das sozial-liberale Regierungsbündnis in Bonn zu zerreißen droht, rechneten zwei amerikanische Wissenschaftler des renommierten "Massachusetts Institute of Technology" (MIT) aus, was geschähe, wenn auch nur eine einzige der zehntausend in Europa gelagerten Atomwaffen einen Kernreaktor träfe.

Unbeabsichtigte Zerstörung nicht unwahrscheinlich

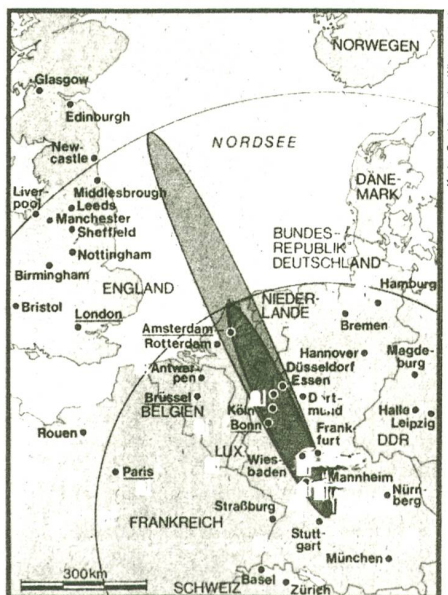
Das Ergebnis der Untersuchungen: "Den Kern eines Reaktors durch eine Atombombe zum Verdampfen zu bringen, ist zweifellos der sicherste Weg, ein Land weitgehend zu verwüsten und seine Bevölkerung zu vernichten." Selbst eine A-Waffe "von geringer Sprengkraft, wie zum Beispiel ein primitiver Atomsprengekörper eines Terroristen", genüge schon für "eine nationale Katastrophe mit bleibenden Folgen". Werde ein Reaktor gar von einer der wesentlich brisanteren militärischen A-Waffen getroffen, würden die Folgen jede "Naturkatastrophe in der Geschichte der modernen Welt in den Schatten" stellen.

Anklagend notierten die beiden MIT-Wissenschaftler, Steve Fetter und Kosta Tspis: "Diese Möglichkeit wurde in keinem der zahlreichen Szenarien der Atomkriegsführung in Europa sorgfältig erwogen." Dabei wäre bei einem Krieg in Europa, also vor allem auf dem Gebiet der Bundesrepublik, "wo Reaktoren, Militäranlagen und Flugplätze wahllos nebeneinander-

liegen, die Wahrscheinlichkeit der unbeabsichtigten Zerstörung eines Reaktors durch eine auf ein militärisch wichtiges Objekt in dessen Nähe abgeworfene Atombombe nicht gering".

Ein Beispiel für das Nebeneinander von Militär und Atomenergie: In der Nachbarschaft des in Bau befindlichen Schnellen Brütters im niederrheinischen Kalkar hat die Nato eine wichtige militärische Kommandozentrale. Auch das Kernkraftwerk in Brunsbüttel an der Unterelbe liegt in einem möglicherweise gefährdeten Gebiet. Denn nur in geringer Entfernung ist die Schleuse des Nord-Ostseekanals. Diese Schleuse war eines der fast 3000 programmierten Atomziele der US-Luftwaffe in Europa und dem Nahen Osten. Diese Ziele - einige Dutzend davon auf Nato-Gebiet - wurden von den Amerikanern ausgesucht, damit strategisch wichtige Punkte wie Flugplätze oder Versorgungsdepots bei einem Rückzug nicht in die Hände des Gegners fallen.

Wer einen nuklearen Sprengsatz auf einen Reaktor wirft - so die Studie der beiden amerikanischen MIT-Wissenschaftler -, verdreissigfach die radioaktive



Einen Monat nach einem Atomschlag auf den Meiler Neckarwestheim reichte bei Südostwind der radioaktive Aschenregen etwa bis Schottland. Ein Jahr später wäre immer noch ein Gebiet bis zur Nordseeküste verseucht

Eine amerikanische Studie enthüllt: Wenn eine Atombombe ein einziges westdeutsches Kernkraftwerk trifft, kann ein Drittel der Bundesrepublik zur Strahlenwüste werden.

Auch in der Schweiz wurde dieser Aspekt der Atomenergie noch kaum beachtet. Der folgende Bericht ist deshalb auch für uns von Interesse.

Verseuchung durch diesen Sprengsatz. Denn bei der Explosion werden die etwa 30 Tonnen Brennstäbe im Meiler verdampft und vom Atompilz mit in die Atmosphäre gerissen. Vom Wind verteilt, regnen die strahlenden Partikel allmählich als radioaktiver "Fall-Out" (Aschenregen) nieder. Menschen, Tiere und der Erdboden bleiben verseucht zurück.

Doch während nach der Explosion einer "normalen" Wasserstoffbombe die tödliche Strahlung nur kurze Zeit anhält, so dass der grösste Teil des verseuchten Gebietes schon bald wieder betreten werden kann, entfaltet der Fall-Out eines verdampften Reaktorkerns seine Wirkung erst im Laufe von Monaten oder Jahren. Die Strahlung dieses Aschenregens klingt nur langsam ab.

Die Folgen errechneten die beiden MIT-Wissenschaftler am Beispiel des süddeutschen Atommeilers Neckarwestheim nördlich von Stuttgart. Sie nahmen dabei an, dass der 855-Megawatt-Reaktor von einer Bombe oder Rakete mit einer Sprengkraft von einer Megatonne getroffen würde und dass zu der Zeit der Wind mit 25 Kilometer pro Stunde aus Südosten weht - eine Windrichtung, die dort zwar selten ist, aber doch durchschnittlich an 18 Tagen im Jahr vorkommt.

1300 Quadratkilometer tot

In einer Zone von 1300 Quadratkilometern - halb so gross wie das Saarland - würde alles Leben getötet, auf 500 Quadratkilometern - mehr als die Fläche Westberlins - wäre für hundert Jahre menschliches Leben nicht mehr möglich. Ein Drittel der Bundesrepublik könnte für einen Monat nicht bewohnt werden - doch wie und wohin die Menschen aus diesem Gebiet vor der Strahlung in Sicherheit gebracht werden sollen, weiss niemand. Es gibt weder Evakuierungs- noch brauchbare Katastrophenschutzpläne.

Einen Monat nach diesem angenehmen Angriff auf den Atommeiler Neckarwestheim kann dessen Fall-Out-Schleppung nach den MIT-Berechnungen

nungen schon bis an die schottische Grenze herangeweht sein. Die Strahlung am Boden beträgt dann das Fünffache der Menge, die nach Ansicht der Strahlenmediziner Krebs als Spätschäden entstehen lässt. Noch nach einem Jahr reicht die verseuchte Fläche von Stuttgart über das Rhein-Main- und das Rhein-Ruhr-Gebiet bis nach Amsterdam. Die Folgen: hohe Sterblichkeit unter den Ueberlebenden. Missgeburten und Erbveränderungen.

Und das nach einem einzigen Atomangriff auf ein einziges Kernkraftwerk. Mit "wahrhaft ungeheuren Verlusten an Menschenleben und Produktionskapazität" - so die beiden Amerikaner - muss gerechnet werden. Und es sei obendrein "unrealistisch zu erwarten, dass in einem Atomkrieg nur eine oder nur ein paar Atomexplosionen auftreten werden".

Nochverheerender: Angriff auf Zwischenlager

Noch verheerender als ein Angriff auf einen Reaktor wäre ein Atomtreffer auf eine Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernelemente, wie sie für Gorleben oder Nordhessen geplant ist, oder ein Treffer auf eine Atommülldeponie oder auf ein Zwischenlager für abgebrannte Kernbrennstäbe, wie es im nordrhein-westfälischen Ahaus entstehen soll. Der Angriff auf ein solches Lager verursacht nach der US-Studie den "katastrophalsten Fall der Strahlenfreisetzung, der sich aus der Detonation einer einzigen Atombombe ergeben kann". Ein Gebiet doppelt so gross wie das Saarland bliebe für ein Jahrhundert unbewohnbar.

Unrealistisch ist die Befürchtung nicht, bei einem Krieg in Europa würden eine oder beide Seiten auch Kernkraftwerke mit Atomwaffen angreifen. Der nordrhein-westfälische Sozial-, Arbeits- und Gesundheitsminister Friedhelm Farthmann kam vor einigen Jahren mit der beklemmenden Erkenntnis von einer Studienreise durch die USA zurück: "Ein Land, das Atomkraftwerke hat, ist eigentlich nicht mehr verteidigungsfähig."

Dagegen beruhigen sich die Experten der Bundesregierung unverdrossen damit, dass bei einem Krieg in Europa die 15 Atommeiler in der Bundesrepublik von der sowjetischen Armee geschont würden. Ihr Argument: Eine siegreiche Rote Armee brauche den westdeutschen Atomstrom, um die besetzten Industriegebiete für sie nutzbar zu machen. Und: Vor einem Einsatz von Atombomben auf die Meiler schreke jeder Angreifer zurück, weil die zusätzliche Verseuchung auch ihn selber treffe. Es sei nur "wenig wahrscheinlich" - so Andreas von Bülow im Jahr 1977 als Parlamentarischer Staatsse-

kretär im Verteidigungsministerium -, dass ein Gegner "mit sehr hohem Aufwand versuchen wird, Kernkraftwerke bevorzugt anzugreifen, um durch Freisetzung radioaktiver Substanzen eine Geländeverstrahlung zu erzielen". Auch Bundeskanzler Helmut Schmidt rechnet damit, dass den Meilern in einem Krieg nichts passiert. Denn schliesslich ständen in den Staaten des Warschauer Paktes ebenfalls Kernkraftwerke.

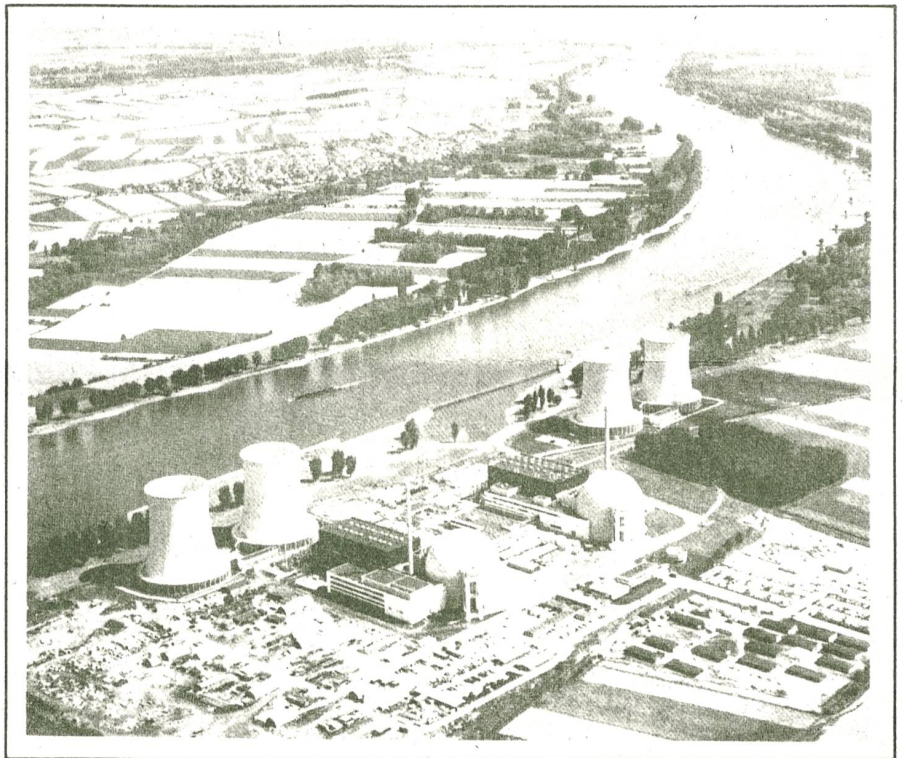
Vage Hoffnung auf Vernunft

Doch so ganz mochte Schmidt seiner eigenen Besänftigung nicht trauen. Deshalb nahm die Bundesregierung an den Verhandlungen

Auch das bayrische Umweltministerium teilte nach dem israelischen Ueberfall mit, die bundesdeutschen Reaktoren seien nicht bombensicher. Zwar seien die empfindlichen Teile der Anlagen durch zwei Meter dicke Stahlbetonwände geschützt, die auch einem abstürzenden Düsenjäger widerstünden. Aber gegen Atombomben und selbst gegen stärkere konventionelle Bomben böten sie keinen Schutz.

Tabu gegen das Nachdenken über den Krieg

Der Friedensforscher, Philosoph und Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker, ein Befürworter der friedlichen Nutzung der Kernenergie, sieht deshalb in den Atommeilern eine zusätzliche Gefähr-



teil, die 1977 nach jahrelangem Tauziehen zwischen mehr als 50 Staaten zur Verabschiedung eines Zusatzprotokolls zum Genfer Abkommen für den Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte führte. In diesem Dokument verpflichteten sich alle Unterzeichner-Staaten, Kernkraftwerke in einem Krieg nicht anzugreifen. Ratifiziert und in Kraft gesetzt wurde dieses Abkommen bisher allerdings weder von der Bundesrepublik noch von einem anderen Staat der Nato oder des Warschauer Paktes. Als naiv bezeichneten darum die bayrischen Jungdemokraten, Nachwuchsgarde der FDP, nach dem israelischen Angriff auf den irakischen Versuchsreaktor bei Bagdad die Hoffnung, "dass im Kriegsfall das Kampfgeschehen einen grossen Bogen um Kernkraftwerke mache". Ihre Forderung: "Stilllegung aller Reaktoren."

der Bevölkerung im Kriegsfall: "Die friedliche Nutzung der Kernenergie in ihrer heutigen, gegen Atomwaffeneinwirkung nicht gesicherten Form ist mit einer Nato-Strategie, welche für den Ernstfall begrenzte nukleare Einsätze auf unserem Boden androht und herausfordert, unvereinbar." In der Wochenzeitung "Die Zeit", in der die Reaktorsicherheit als "bombensicher" bejubelt worden war, klagte Weizsäcker im Mai: "In träumerischer Weise, unter dem Tabu gegen das Nachdenken über den Krieg, haben unsere technischen Planer und die öffentliche Debatte dieses einzig relevante Thema ausgespart."

Wolf Perdelwitz im "STERN" vom 18.6.81